

# Das grösste Rüstungsgütergeschäft der Schweizer Armee : die Beschaffung des Kampfpanzers Leopard 2

Autor(en): **Wyniger, Christoph**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Serie Ares : histoire militaire = Militärgeschichte**

Band (Jahr): **1 (2013)**

PDF erstellt am: **16.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1043713>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Christoph Wyniger

Das grösste Rüstungsgütergeschäft der Schweizer Armee:  
die Beschaffung des Kampfpanzers Leopard 2



Anlässlich einer Vordebatte zum Kauf des Leopard-2-Panzers sagte der damalige Nationalrat Rudolf Friedrich im Jahr 1980, dass «ein Panzer in erster Linie ein militärisches Objekt»<sup>1</sup> sei und auch als solches angeschaut werden solle.

Genau dieser Fokus auf den militärischen Zweck der Panzerbeschaffung ging jedoch in der Beschaffungsdebatte des Öfteren verloren. Dies soll in folgendem Beitrag anhand der parlamentarischen Debatte und der Debatte um die Panzerbeschaffung in der Presse dargestellt werden. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Hauptakteuren, welche sich aus den vier damaligen Bundesratsparteien (CVP, FDP, SP und SVP) und aufgrund ihrer *Agenda Setting Function*<sup>2</sup> den auflagestärksten Printmedien zusammensetzen.

## Die Vorgeschichte der Beschaffungsdebatte

Zu Beginn der 1970er-Jahre befasste sich die Gruppe für Rüstungsdienste (GRD) mit der Frage, wie die Centurion-Panzer im Laufe der 1980er-Jahre ersetzt werden sollten. In Betracht kam dabei zunächst sowohl eine helvetische Eigenentwicklung als auch der Kauf von geeigneten Kampfpanzern im Ausland.<sup>3</sup> Bereits 1971 lag eine Projektstudie der Eidgenössischen Konstruktionswerkstätte in Thun für einen schweizerischen Panzer 74 vor, die von der GRD weiterbearbeitet werden sollte.<sup>4</sup> Vier Jahre später lief die konkrete Entwicklungsarbeit für einen schweizerischen Kampfpanzer an. Diese Entwicklungsarbeiten sollten so weit vorangetrieben werden, dass das Entwicklungsrisiko realistisch eingeschätzt werden und somit eine Entscheidungsgrundlage für die Weiterführung des Projekts erarbeitet werden könnte. Koordiniert wurde die Entwicklung in einer Projektorganisation, «in welcher [...] die Truppe und die schweizerische Industrie vertreten sind».<sup>5</sup>

Das Projekt wurde anschliessend rund drei Jahre in diesem Rahmen weiterverfolgt. Am 5. Juli 1978 betraute der Bundesrat aber die Privatfirma Contraves als Generalunternehmerin mit der Entwicklung des neuen schweizerischen Kampfpanzers.<sup>6</sup> Neben dieser Eigenentwicklung wurde auch geprüft, ob ausländische Entwicklungen beschafft werden könnten, wobei eine allfällige Beteiligung der schweizerischen Wirtschaft besonders berücksichtigt werden sollte.<sup>7</sup> Am 3. Dezember 1979 beschloss der Bundesrat, die Eigenentwicklung zu stoppen und zwei ausländische Modelle, den amerikanischen M1 Abrams und den deutschen Leopard 2, zu evaluieren.<sup>8</sup> Der Bundesrat begründete seinen Entscheid damit, dass das Entwicklungsrisiko sowie das taktische und das terminliche Risiko der Eigenentwicklung als gross bis sehr gross beurteilt werden müssten. Ausserdem würden auch die Gesamtkosten gegenüber dem Kauf ausländischer, bereits fertig entwickelter Produkte in einem solchen Masse ansteigen, dass eine Pro-





Kampfpanzer 87 Leopard 2 – das Objekt der Debatte.

duktion der Eigenkonstruktion nicht zu verantworten sei, weil dadurch andere Rüstungsvorhaben zurückgestellt werden müssten.<sup>9</sup>

Einen Einfluss auf den Verzicht des Bundesrats auf eine helvetische Eigenkonstruktion hatten wohl unbestritten auch die tiefgreifenden Probleme mit dem Panzer 68, die gerade im Herbst 1979 debattiert worden waren.<sup>10</sup>

Der Entscheid des Bundesrats, auf eine Eigenentwicklung zu verzichten, wurde grundsätzlich begrüsst. Kritik ergab sich einzig dahingehend, dass durch diesen Entscheid eine Schwächung der Landesverteidigung und eine Reduktion der Anzahl Arbeitsplätze im Rüstungssektor befürchtet wurde.<sup>11</sup> Diese Argumentation fand im Parlament jedoch zu wenig Unterstützung, um den Bundesrat nochmals auf seinen Entschluss zurückkommen zu lassen.

Der Bundesrat liess deshalb die Kampfpanzer Leopard 2 und M1 Abrams sowie in einer ersten Phase allenfalls weitere Modelle evaluieren.

Aufgrund der Typenerprobung entschied sich das EMD am 24. August 1983 für die Beschaffung des Leopard 2.<sup>12</sup> Hauptkriterien neben dem militärischen Pflichtenheft waren dabei eine rasche Beschaffung und eine optimale Beteiligung der Schweizer Industrie.<sup>13</sup> Der Panzer sollte im Rahmen des Rüstungsprogramms 1984 beschafft werden. Insgesamt ergab sich ein Bedarf von 420 neuen Kampfpanzern, die in Losen beschafft werden sollten.<sup>14</sup>

In der Rüstungsbotschaft vom 29. Februar 1984 beantragte der Bundesrat schliesslich die Beschaffung eines ersten Loses von 210 Leopard-2-Panzern zu einem Kostenpunkt von 2410 Millionen Franken.<sup>15</sup> Von diesen 210 Panzern sollten 35 durch Direktkauf im Jahr 1987 und die übrigen 175 in Lizenzproduktion bis 1992 beschafft werden.<sup>16</sup> Als Generalunternehmerin war die Contraves AG bestimmt worden.<sup>17</sup> Als Begründung für die tiefe



Kadenz von durchschnittlich drei Panzern pro Monat nannte der Bundesrat in seiner Botschaft wiederum finanzielle Gründe, wies aber darauf hin, dass «im Bedarfsfall [...] die Kadenz bis auf sechs Panzer pro Monat erhöht werden»<sup>18</sup> könnte.

## Die erste Phase der Beschaffungsdebatte

Noch bevor überhaupt der Typenentscheid gefällt worden war, begann sich bereits eine öffentlich geführte Debatte über die Beschaffung der neuen Kampfpanzer zu entwickeln. So konnte am 17. Juni 1983 in der *Neuen Zürcher Zeitung* (NZZ) Folgendes gelesen werden: «Was zu Bedenken Anlass gibt, ist hingegen der Umstand, dass der *eigentliche Zweck* der Übung, die Modernisierung der Kampfkraft der Armee, in den *Hintergrund* gedrängt wird. Wovon? *Vom Geschäft!* [...] Auch die von militärischer Seite gewünschte *Seriengrösse von 420 Stück* ist keine heilige Kuh.»<sup>19</sup>

Vor allem der geplante Beschaffungsmodus gab, noch bevor der Bundesrat überhaupt eine konkrete Rüstungsbotschaft dem Parlament vorgelegt hatte, zur Diskussion Anlass. Durch die niedrige Lieferkadenz wurden erhebliche Mehrkosten sowie die rasche Alterung des komplexen Waffensystems bis zur vollständigen Ablieferung der geplanten 420 Panzer befürchtet. Durch eine Sonderfinanzierung, die es ermöglichen würde, alle Panzer in einer Tranche zu beschaffen, könnten alleine 150 Millionen Franken eingespart werden, wie der damalige Berner SVP-Grossrat und zugleich Finanzchef bei der Gruppe für Generalstabsdienste Ulrich Augsburg vorrechnete.<sup>20</sup> Anlässlich der Jahreskonferenz des EMD vom 15. Februar 1984 wurde aber der Weg über eine Sonderfinanzierung als eher unwahrscheinlich angesehen, da nicht gekauft werden könne, bevor das dazu nötige Geld vorhanden sei.<sup>21</sup>

Als am 29. Februar 1984 schliesslich mit dem Rüstungsprogramm 1984 die vom Bundesrat vorgeschlagene Beschaffungsvariante dem Parlament vorgelegt wurde, löste dies endgültig eine intensive Debatte über die Beschaffung aus. Die Kritik richtete sich dabei wiederum gegen die langsame Beschaffungskadenz und den Preis.

In der Presse wurde die geplante Panzerbeschaffung am Tag nach der Bekanntgabe des Rüstungsprogramms diskutiert. In den Vordergrund gestellt wurden dabei in erster Linie die Fakten aus dem Rüstungsprogramm wie Zahlen und Beschaffungskadenz und die Beschäftigungswirksamkeit der geplanten Beschaffung, da damit während acht Jahren insgesamt 1000 Personen Arbeit gegeben werden könnte.<sup>22</sup>

Am 5. und 6. März 1984, rund eine Woche nach der Veröffentlichung der Rüstungsbotschaft, wurden die Kosten der Leopard-Beschaffung in den Medien diskutiert. Nochmals rechnete Ulrich Augsburg, dieses Mal jedoch im *Tages-Anzeiger*, wie 150 Millionen Franken eingespart werden



könnten.<sup>23</sup> Neben dem Argument des SVP-Politikers, dass eine schnellere Beschaffung kosteneffizienter wäre, warfen sowohl der *NZZ*-Redaktor Erich A. Kägi als auch der *Tages-Anzeiger*-Redaktor Niklaus Ramseyer das Argument ein, dass eine raschere Beschaffung auch davor bewahre, dass die letzten Einheiten bei ihrer Auslieferung bereits wieder technisch veraltet seien.<sup>24</sup>

Die SVP blieb in der Folge ihrer Argumentation treu, dass die Panzer schneller und kosteneffizienter zu beschaffen seien. In diesem Zusammenhang ist auch die Motion zu sehen, die SVP-Nationalrat Hans Ulrich Graf am 8. März einreichte, wonach der Bundesrat beauftragt werden sollte, Massnahmen einzuleiten, um eine schnellere Produktion zu gewährleisten, ohne dass andere Rüstungsvorhaben dadurch zurückgestellt werden müssten.<sup>25</sup>

In den folgenden zwei Monaten ebte die Debatte ab, erreichte dann aber Anfang Mai einen Höhepunkt. In der Presse äusserten die drei Bundesratsparteien SP, CVP und SVP Zweifel an der Rechtmässigkeit der Beschaffungskosten. Befürchtet wurde, dass sich die am Lizenzbau beteiligten Schweizer Firmen am Bau der Panzer bereicherten und somit den Preis in die Höhe trieben.<sup>26</sup> Die Kritik basierte auf Vergleichszahlen zwischen dem Stückpreis von dem zuletzt von der Bundesrepublik Deutschland beschafften Leopard-Los und dem erheblich höheren Stückpreis, der im Rüstungsprogramm 1984 ausgewiesen war.

Die SP kündigte an, über Abklärungen den Preis betreffend, die sie bei ihrer deutschen Schwesterpartei eingeholt habe, informieren zu wollen. Auch die CVP beabsichtigte, den Nationalrat Edgar Oehler zur deutschen CDU zu schicken, um Klarheit über den hohen Systempreis zu erhalten.<sup>27</sup>

Die SP informierte am 8. Mai 1984 in einer Pressekonferenz über ihre Abklärungen. Dabei gab sie bekannt, dass sich die in Bonn erhaltenen Zahlen wesentlich von denjenigen des Bundesrats unterschieden. Auf den Gesamtbetrag wurde eine Totaldifferenz von 1000–2000 Millionen Franken genannt.<sup>28</sup>

Zu diesem Zeitpunkt waren also SP, CVP und SVP kritisch dem Panzergeschäft gegenüber eingestellt. Sie wollten primär erreichen, dass das Panzergeschäft billiger abgewickelt werden sollte, und sekundär, dass die Panzer schneller beschafft werden sollten. Die Koalition zwischen diesen drei Parteien in der Panzerfrage sei gemäss der deutschen *Welt* sogar schon als «politisch beinahe unzüchtige Allianz»<sup>29</sup> bezeichnet worden.

Erstmals wurden zu diesem Zeitpunkt die Begriffe «Affäre»<sup>30</sup> und «Skandal»<sup>31</sup> prominent in der Boulevardpresse genannt, Begriffe also, die im Zusammenhang mit Rüstungsgüterbeschaffungen stark an die Mirage-Beschaffung erinnerten.

Ausserhalb dieser Koalition blieb als einzige Bundesratspartei die FDP. Als einziger freisinniger Politiker äusserte sich zu diesem Zeitpunkt in den





Fragezeichen um die effektiven Beschaffungskosten des Kampfpanzers 87: In der Boulevardpresse verkommt die Beschaffung zur «Affäre».

untersuchten Quellen der Nationalrat Kurt Schüle. Er argumentierte dahingehend, dass mit dem teureren Lizenzbau Arbeitsplätze gesichert werden könnten und auch der Technologietransfer wichtig sei.<sup>32</sup>

Erst geraume Zeit später, als das Geschäft bereits in der parlamentarischen Phase war, erschien in der *NZZ* vom 4. Juni 1984 ein Text des damaligen FDP-Ständerats Riccardo Jagmetti. Er nahm in seinem Beitrag den bereits erwähnten Argumentationsstrang auf, indem er die Vorteile der Lizenzproduktion (Sicherung von Arbeitsplätzen und Technologietransfer) erklärte und diese gegen das Kostenargument des Direktkaufs abwog. Neu in die Diskussion brachte er das Argument der militärischen Notwendigkeit der Panzer. Er äusserte sich auch dahingehend, dass die neuen Panzer keine Neuorientierung darstellten, sondern im Sinne der Kontinuität der Konzeption vom 6. Juni 1966 zu sehen seien.<sup>33</sup>

Als erste Kammer hatte sich der Ständerat mit dem Rüstungsprogramm 1984 zu befassen. Die mit dem Geschäft betraute Militärkommission des Ständerats forderte am 18. Mai weitere Unterlagen vom EMD über die kommerzielle Seite der Panzerbeschaffung, bevor eine Entscheidung zum Panzergeschäft gefällt werden könne.<sup>34</sup> Am 5. Juni gab sie bekannt, dass mit keinem Entscheid während der Sommersession zu rechnen sei. Nach ersten Abklärungen sei klar, dass kein Skandal vorliege und der Vorwurf, dass sich Schweizer Firmen am Lizenzbau bereichern würden, nicht untermauert werden könne. Trotzdem wurde das EMD beauftragt, die Kosten nochmals zu überprüfen. Zudem sollten bei der Firma Krauss Maffei Kaufofferten eingeholt werden für 210 respektive 420 Panzer «ab Stange», wobei der Hersteller über die Lieferkadenz entscheiden dürfe.<sup>35</sup>

Bis im August ruhte die Debatte anschliessend. Am 27. August 1984 beschloss der Bundesrat in einer ausserordentlichen Sitzung, dass er an der



Botschaft vom vergangenen Februar festhalten wolle. Der Korrespondent des *Tages-Anzeigers* äusserte sich folgendermassen dazu: «Politische Beobachter im Bundeshaus rechnen damit, dass die Ständeratskommission jetzt dem bundesrätlichen Antrag folgen wird.»<sup>36</sup> Die Militärkommission des Ständerats hielt sich jedoch nicht an den bundesrätlichen Vorschlag, sondern fällte am 28. August vier Grundentscheidungen, die sich bis auf den Lizenzbau von der ursprünglichen Rüstungsbotschaft unterschieden. Der neue Kampfpanzer sollte demnach in einem Los à 380 Panzern beschafft werden. Die Lieferkadenz sollte auf fünf bis sechs Panzer pro Monat erhöht werden, und die maximalen Kosten durften 4 Milliarden Franken nicht übersteigen.<sup>37</sup> Der Verzicht auf 40 Panzer bringe «keine nennenswerten militärischen Nachteile».<sup>38</sup> Gemäss dem Präsidenten der Militärkommission des Ständerats, CVP-Ständerat Jakob Schönenberger, würden damit quasi zwei Rüstungsprogramme zusammengefasst, wodurch sich Verschiebungen bei anderen Rüstungsvorhaben ergäben, die nicht mehr parallel, sondern gestaffelt beschafft werden müssten.<sup>39</sup>

Am 18. September erfolgte die endgültige Bereinigung der Beschaffungsvorlage durch die Militärkommission des Ständerats. Demnach sollten, wie schon im ursprünglichen Rüstungsprogramm vorgesehen, 35 Panzer direkt bei Krauss Maffei beschafft und 345 in Lizenz in der Schweiz gebaut werden. Die Gesamtkosten wurden mit 3390 Millionen Franken beziffert, was eine Einsparung von 915 Millionen Franken gegenüber der ursprünglich geplanten Gesamtbeschaffung von 420 Panzern in mehreren Losen darstellte.<sup>40</sup>

Der Ständerat behandelte diesen Entwurf im Rahmen der Herbstsession in seiner Sitzung vom 3. Oktober. Von den Mitgliedern der Militärkommission meldete sich im Rahmen dieser Sitzung auch der SP-Ständerat Otto Piller zu Wort. Sein Votum ist von besonderem Interesse, da er darin betonte, dass er «den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei»<sup>41</sup> darlege. Piller betonte, dass die SP das Geschäft im nunmehr geplanten Umfang gutheisse, was die SP-Fraktion in ihrer Sitzung vom 25. September beschlossen habe.<sup>42</sup> Wichtig für die Entscheidungsfindung der SP sei gewesen, dass durch den Kauf dieser Panzer die Panzerflotte nicht vergrössert, sondern lediglich modernisiert werde. Auch mit der Lizenzproduktion gab sich die SP zufrieden, da zum einen der Preis schlussendlich nicht mehr viel über dem Direktkauf liege und, womit Piller einen Argumentationsstrang der FDP aufnahm, ausserdem der heimischen Industrie ein Technologiegewinn verschafft werde.<sup>43</sup> Zum Schluss seines Votums zog er einen Vergleich zum Mirage-Skandal und betonte, dass die Leopard-Beschaffung gerade dank den Lehren aus dem Mirage-Skandal nicht zum Skandal geworden sei.<sup>44</sup>

Von der FDP meldete sich Riccardo Jagmetti, der ebenfalls Kommissionsmitglied war, zu Wort. In seinem Votum betonte auch er, dass die Leopard-Beschaffung nicht gleichbedeutend sei mit einer Vergrösserung der Panzerflotte, sondern dass es sich um eine Erneuerung handle.<sup>45</sup> Als zwei-



tes Argument nannte er auf die Sicherheits- und Neutralitätspolitik: «Eine glaubhafte Sicherheits- und Neutralitätspolitik verlangt, dass wir nötigenfalls einem modern gerüsteten Gegner erfolgreich entgegentreten können. [...] Das Panzergeschäft, das wir zu beraten haben, ist nicht ein Sonderfall, sondern reiht sich ein in die langfristigen Bemühungen zur Erhaltung einer Armee, die ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen kann.»<sup>46</sup>

Es ergab sich jedoch zu keinem Zeitpunkt eine ernsthafte Debatte im Ständerat, da grundsätzlich alle Redner für das Eintreten sprachen.<sup>47</sup> Der Beschlussentwurf wurde schliesslich ohne Gegenstimme angenommen und somit an den Nationalrat überwiesen.<sup>48</sup>

## Die zweite Phase der Beschaffungsdebatte

Aufgrund des einstimmigen Entscheides des Ständerats konnte eigentlich damit gerechnet werden, dass die Beschaffung des Leopard-Panzers in der Folge ohne weitere grössere Probleme abgewickelt werden könnte, zumal sich vier Bundesratsparteien durchwegs positiv zum Ständeratsentscheid geäussert hatten.

Am 11. November veröffentlichte jedoch die Boulevardzeitung *Sonntags-Blick* auszugsweise einen von Unternehmensberater Nicolas Hayek verfassten Expertenbericht, aus dem hervorging, dass durch einen Direktkauf gegenüber der vom Ständerat beschlossenen Lizenzherstellung nochmals 700 Millionen Franken eingespart werden könnten.<sup>49</sup> Der Bericht war am 13. Oktober 1984 von der Militärkommission des Ständerats selbst in Auftrag gegeben worden. Es sollten stichprobenweise die vorliegenden Verträge und Offerten für die Lizenzproduktion und die Angemessenheit der Preise untersucht werden.<sup>50</sup>

Diese Preisdiskrepanz liess nicht nur die Debatte um Lizenzproduktion oder Direktkauf wieder aufleben,<sup>51</sup> sondern auch die Frage nach der absoluten Notwendigkeit der Panzerbeschaffung. Besonders bei der Haltung der SP hinterliess diese Meldung ihre Spuren. Die Panzerbeschaffung wurde nämlich anlässlich des Parteitags vom 17. und 18. November behandelt. Die meisten der dabei vorgebrachten Voten richteten sich ganz klar gegen die Beschaffung des Leopard. Interessanterweise wurde vor allem die militärische Notwendigkeit der «Offensivwaffe»<sup>52</sup> Leopard 2 für ein neutrales Land in Frage gestellt. Auch die enormen Kosten wurden mit dem Verweis auf den Hayek-Bericht oft als Kritikpunkt genannt, nicht jedoch die Armee in ihrer Existenzberechtigung angezweifelt. Gut kam dies in den Worten von Nationalrat Hansjörg Braunschweig zum Tragen: «Und die Grundsatzfrage heisst nicht: Armee oder Armee nicht, Landesverteidigung oder nicht militärische Landesverteidigung, sondern die Grundsatzfrage, über die wir heute diskutieren müssen heisst: ist unser Kleinstaat Schweiz noch in der Lage, weitere Wendungen dieser Rüstungsspirale mitzumachen?»<sup>53</sup>



Der Wunsch des Parteipräsidenten Helmut Hubacher an den Parteitag, den Fraktionsmitgliedern «freie Hand»<sup>54</sup> zu gewähren, blieb unerhört. Eine «überwältigende Mehrheit»<sup>55</sup> stimmte nämlich schlussendlich gegen die Beschaffung.

Die Meinungen darüber, welche Konsequenzen dieses Nein des Parteitags für die SP-Parlamentarier nach sich zu ziehen hätte, waren geteilt. Während Martin Bundi, Nationalrat und Mitglied der Militärkommission des Nationalrats, der Ansicht war, dass ein Parteitagsbeschluss nicht bindend sei für das Stimmverhalten der Parlamentarier, sah Parteipräsident Helmut Hubacher darin den Auftrag, in den parlamentarischen Gremien kein Ja mehr zu vertreten.<sup>56</sup>

Im Gegensatz zur SP bekräftigte Edgar Oehler, Fraktionssprecher der CVP, die bisherige Ansicht seiner Partei zum Panzerkauf in einem Interview mit der *Berner Zeitung*. Hervorzuheben ist, dass Oehler klar Auskunft darüber gibt, dass die drei grossen bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP in einer gemeinsamen Beratung herausgefunden hätten, dass sie unabhängig voneinander zu den gleichen Schlüssen gekommen seien. Demnach waren alle drei Parteien daran interessiert, den ständerätlichen Vorschlag auch im Nationalrat zu verabschieden und damit das Geschäft schnellstmöglich abzuwickeln. Der Wandel bei der SP überraschte Oehler nicht: «Von den Sozialdemokraten war ja bekannt, dass sie im Nationalrat nicht auf dieser Linie liegen.»<sup>57</sup>

Als Hauptargument für den Lizenzbau nannte er dabei den Innovationsschub für diverse Unternehmen in der Schweiz und das zusätzliche Auftragsvolumen von bis zu 50 Millionen Franken jährlich.<sup>58</sup>

In dieser zweiten Phase der Beschaffungsdebatte schienen sich die bürgerlichen Parteien mit der durch die Militärkommission des Ständerats modifizierten Beschaffungsvorlage zufriedenzugeben und Einheitlichkeit demonstrieren zu wollen. Bemerkenswert ist, dass die bürgerlichen Parteien nach dem Ständeratsentscheid zunächst das Arbeitsplatzargument in den Vordergrund stellten.

Am 10. Dezember 1984 kam das Geschäft planmässig vor den Nationalrat. Schon am ersten Tag zeichnete sich ab, dass einem Entscheid eine intensive parlamentarische Debatte vorausgehen würde, da rund ein Viertel der Nationalräte Voten angekündigt hatten.<sup>59</sup> Zudem lagen diverse Anträge vor, die vom Kauf gemäss der ständerätlichen Vorgabe (unterstützt von den Fraktionen von FDP, CVP, SVP und LPS) über Aussetzen des Geschäftes zum Einholen neuer Offerten (unterstützt von einem grossen Teil der SP-Fraktion) bis Nichteintreten (Poch/PdA/PSA-Fraktion) reichten.<sup>60</sup>

Als einer der ersten Redner ergriff anschliessend Helmut Hubacher zunächst als Sprecher der Minderheit,<sup>61</sup> später als Fraktionssprecher der SP das Wort. Hubacher thematisierte die Bedrohungslage in Europa und kokettierte, dass diese nicht so dramatisch sein könne, wenn sich die ur-



sprünglich geplante Beschaffung bis ins Jahr 1998 hingezogen hätte.<sup>62</sup> Hubacher argumentierte aber vor allem mit den Kosten, die nach wie vor zu hoch seien im Vergleich zu den Beschaffungen der deutschen Bundeswehr und der niederländischen Armee. Ausserdem machte er Probleme bei den Strukturen im EMD aus. Die Beschaffung sollte folglich nicht um jeden Preis sofort beschlossen werden, sondern nochmals in Ruhe unter Einbezug eines aussenstehenden Projektleiters neu erarbeitet werden.<sup>63</sup>

In seinem späteren Votum als Fraktionssprecher nahm Hubacher die Kostenfrage wieder auf und unterstrich, dass ein Lizenzbau der schweizerischen Wirtschaft kaum Impulse geben würde.<sup>64</sup> Als letzten Grund, weshalb das Geschäft nicht sofort abgewickelt werden sollte, wies der SP-Fraktionssprecher auf die Verknüpfung zwischen EMD und Wirtschaft hin, die es überhaupt erst ermöglicht habe, dass die Panzer zu einem zu hohen Preis gekauft werden sollten. Hubacher sprach dabei vom «Filz von Bern»<sup>65</sup> und zog einen Vergleich zur deutschen Flick-Affäre<sup>66</sup> hinzu.

Zu der Argumentation der SP-Fraktion kann gesagt werden, dass sie ganz klar die Kostenfrage ins Zentrum stellte. Eine klare Stellungnahme für oder gegen den Panzer an und für sich fehlte. Dies ist vor dem Hintergrund des Parteitagsbeschlusses und des Entschlusses zur Stimmfreigabe in der Fraktion zu sehen.<sup>67</sup> Durch seine Ausdrucksweise und durch den Verweis auf die Flick-Affäre versuchte Hubacher zudem eindeutig das Geschäft zu skandalisieren.

Die FDP war mit ihrem Fraktionssprecher Willy Loretan die erste der grossen bürgerlichen Parteien, die zu dem Geschäft Stellung nahm. Die FDP sah demnach die Leopard-2-Beschaffung als Konsequenz der schweizerischen Strategie der Dissuasion. Eine modern ausgerüstete Flugwaffe und die Panzerabwehr seien die wichtigsten Komponenten dieser Abschreckung.<sup>68</sup> Auch das wirtschaftliche Argument wurde in diesem Votum in den Rahmen der Sicherheitspolitik eingebettet: «Eine leistungsfähige Eigenkapazität im Rüstungssektor wenigstens in einigen Schwerpunkten zu erhalten, ist auch ein Anliegen unserer Sicherheitspolitik.»<sup>69</sup> Die ausgewiesenen Mehrkosten von 11 Prozent<sup>70</sup> seien angesichts der Beschäftigungswirksamkeit und des Know-how-Transfers absolut vertretbar. «Das Geschäft ist – Hayek hin oder her – reif. Der Bund verlöre Geld, wenn wir es nicht in dieser Session beschliessen würden.»<sup>71</sup>

Die FDP blieb also im Grossen und Ganzen ihren Argumentationsmustern treu, veränderte aber in dieser parlamentarischen Debatte die Gewichtung: Die Sicherheitspolitik wurde stärker gewichtet als bis anhin.

Für die CVP-Fraktion sprach Nationalrat Edgar Oehler. Für die CVP-Fraktion stand die «dringend notwendige Verstärkung unserer Landesverteidigung»<sup>72</sup> im Zentrum. Für eine glaubwürdige bewaffnete Landesverteidigung und dafür, dass damit die Dissuasionspolitik auch in Zukunft aufrechterhalten werden könne, sei die Beschaffung der neuen Kampfpan-



zer eine Notwendigkeit. Auch der Lizenzbau stellte für die CVP ein wichtiges Kriterium dar. Oehler betonte, dass nach dem Abbruch der Eigenentwicklung eines neuen Kampfpanzers der Lizenzbau die einzige Alternative darstelle, aber auch, dass, «da unseres Erachtens ein Kampfpanzer das Rückgrat einer Verteidigungsarmee ist und es auch in absehbarer Zukunft bleiben wird, [...] wir auf eine industrielle Basis angewiesen»<sup>73</sup> seien. Die Mehrkosten durch den Lizenzbau seien deshalb vertretbar. Ausserdem übte Oehler Kritik an der ursprünglichen Botschaft zur Leopard-Beschaffung, die ungenügend gewesen sei und vom eigentlichen wichtigen Punkt, dem Panzer an und für sich, abgelenkt habe.<sup>74</sup>

Die CVP argumentierte somit ähnlich wie die FDP. Im Mittelpunkt stand die Dissuasion. Auch die CVP-Fraktion stellte die wirtschaftliche Komponente als Teil ebendieser Dissuasionsstrategie dar.

Als Sprecher der SVP-Fraktion trat Nationalrat Adolf Ogi auf. Der Fraktionssprecher betonte, dass die SVP stets darum bemüht gewesen sei, die Panzer schneller und billiger zu beschaffen. Zudem legte er grossen Wert darauf, zu betonen, dass die Panzerbeschaffung als Konsequenz der einst beschlossenen Einsatzdoktrin zu sehen sei: «Die Beschaffung einer Serie von Kampfpanzern entspricht nicht nur einer einmal festgelegten Einsatzdoktrin der Schweizer Armee, sondern einer dringenden Notwendigkeit. [...] Ohne unsere Panzerwaffe würde unsere Armee entscheidend an Kampfkraft verlieren. Die friedenssichernde Aufgabe des Abhaltens und des Behauptens könnte nicht mehr ernsthaft wahrgenommen werden.»<sup>75</sup> Die Mehrkosten für den Lizenzbau wurden als vertretbar eingestuft, aber nicht weiter kommentiert. Wichtig war für die SVP-Fraktion aber, dass die Lehren für zukünftige Rüstungsgeschäfte aus der Leopard-Beschaffung gezogen würden, da sonst die Glaubwürdigkeit leide. Deswegen müsse der ganze Ablauf von Rüstungsgüterbeschaffungen neu überdacht und strukturiert werden.<sup>76</sup>

Wie die beiden anderen grossen bürgerlichen Parteien legte auch die SVP in ihrer Argumentation Wert auf die Betonung der militärischen Notwendigkeit der Beschaffung. Während ein wirtschaftspolitisches Argumentationsmuster nahezu gänzlich fehlte, zeigt der Hinweis auf die Strukturprobleme bei Rüstungsgüterbeschaffungen, dass die SVP die Ursachen für die lange Beschaffungsdebatte nicht beim Panzer an und für sich sah, sondern bei der mangelhaften Kommunikation seitens des EMD.

Nach einer zweitägigen intensiven parlamentarischen Debatte entschied sich der Nationalrat schliesslich unter namentlichem Aufruf mit 144 zu 46 Stimmen für die Annahme des Beschlussentwurfes.<sup>77</sup>





Auch nach dem Beschaffungsentscheid bleibt der Kaufpreis ein Thema. Links Nicolas Hayek, rechts EMD-Vorsteher Jean-Pascal Delamuraz. (Basler Zeitung)

## Die Beschaffung

Die Beschaffung des Panzers an und für sich verlief anschliessend bis 1994 planmässig. Die Gesamtkosten beliefen sich schlussendlich auf rund 3300 Millionen Franken, also etwa 100 Millionen Franken unter den veranschlagten Beschaffungskosten.

In der Leopard-Beschaffungsdebatte lässt sich gut das Zusammenspiel von Wirtschaft, Politik und Medien erkennen, welches schlussendlich zu einer Kompromissbeschaffung geführt hat. Als militärisches Objekt im Sinne des Eingangszitates wurde der Leopard in der ganzen Debatte jedoch nur am Rand und vor allem erst in der letzten Nationalratsdebatte wahrgenommen.



- 1 Motion Reimann. Kampfpanzer Eigenentwicklung, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1983, 1856.
- 2 Zur Agenda Setting Function vgl. Peters, Bernhard, «Der Sinn der Öffentlichkeit», in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.), Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen 1994, 42–76.
- 3 Wanner, Herbert, «Die Panzerbeschaffung in unserer Armee», in: ASMZ 147 (1981), 785.
- 4 Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1971, 143.
- 5 Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1975, 182.
- 6 Wanner, Herbert, «Zum Verzicht des Bundesrates auf eine Panzer-Eigenentwicklung: ein folgenschwerer Entscheid», in: Armee-Motor 34 (1980), 107.
- 7 Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1978, 171.
- 8 Krapke, Paul-Werner, Leopard 2: sein Werden und seine Leistung, Bonn 1986, 199.
- 9 Vgl. Motion der unabhängigen und evangelischen Fraktion. Kampfpanzer. Eigenentwicklung, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1980, 454.
- 10 Vgl. Bericht des Bundesrates über seine Geschäftsführung im Jahre 1979, 157. Dieser Zusammenhang wird nicht explizit ausformuliert, jedoch auch nicht abgestritten.
- 11 Vgl. Motion der unabhängigen und evangelischen Fraktion. Kampfpanzer. Eigenentwicklung, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1980, 454.
- 12 Krapke, wie Anmerkung 8, 200.
- 13 Botschaft über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramm 1984) vom 29. Februar 1984, Bundesblatt (BBl) 1984, I, 931.
- 14 Vgl. Interpellation Ogi. Beschaffung neuer Kampfpanzer, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1983, 1858.
- 15 Botschaft über die Beschaffung von Rüstungsmaterial (Rüstungsprogramm 1984) vom 29. Februar 1984, BBl 1984, I, 937.
- 16 Ebd., 937.
- 17 Ebd., 934.
- 18 Ebd., 938.
- 19 NZZ, 17. 6. 1983.
- 20 Berner Zeitung, 14. 2. 1984.
- 21 Berner Zeitung, 16. 2. 1984.
- 22 Vgl. Berner Zeitung, 1. 3. 1984. Der Bund, 1. 3. 1984.
- 23 Vgl. Tages-Anzeiger, 6. 3. 1984. Interessant ist, dass es sich dabei um eine «aufgewärmte» Geschichte handelte, da Augsburgers Rechnung schon am 14. 2. 1984 in der Berner Zeitung erstmals veröffentlicht worden war. Siehe dazu Anmerkung 20.
- 24 Vgl. NZZ, 5. 3. 1984, bzw. Tages-Anzeiger, 6. 3. 1984.
- 25 Motion Graf. Panzerbeschaffung Leopard 2, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1984, 940. Diese Motion wurde am 21. 6. 1984 schliesslich behandelt, wobei der Bundesrat eine höhere Ablieferungskadenz nicht grundsätzlich ausschloss, jedoch das Ende der aktuellen Legislaturperiode als frühesten Zeitpunkt für eine ernsthafte Diskussion zu diesem Thema ansah. Die Motion wurde gleichzeitig in ein Postulat umgewandelt.
- 26 Vgl. Berner Zeitung, 5. 5. 1984. Tages-Anzeiger, 5. 5. 1984. Solothurner Zeitung, 7. 5. 1984.
- 27 Vgl. Blick, 5. 5. 1984.
- 28 NZZ, 9. 5. 1984.
- 29 Die Welt, 17. 5. 1984.
- 30 Sonntags-Blick, 6. 5. 1984.
- 31 Blick, 4. 5. 1984.
- 32 Vgl. Blick, 5. 5. 1984. Schüle war übrigens zu diesem Zeitpunkt Vizedirektor der Georg Fischer AG, die auch Teil des Industriekonsortiums für den Lizenzbau war.
- 33 NZZ, 4. 6. 1984.
- 34 Vgl. Tages-Anzeiger, 19. 5. 1984.
- 35 Vgl. NZZ, 6. 6. 1984.
- 36 Tages-Anzeiger, 28. 8. 1984.
- 37 Vgl. NZZ, 29. 8. 1984. Oltner Tagblatt, 29. 8. 1984.
- 38 NZZ, 29. 8. 1984.
- 39 Oltner Tagblatt, 29. 8. 1984.
- 40 NZZ, 19. 9. 1984.
- 41 Rüstungsprogramm 1984, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, SR, 1984, 542.
- 42 Vgl. Schweizerisches Sozialarchiv (SOZARCH), AR 1.210.4, Protokoll der Fraktionssitzung vom 25. September 1984. In dieser Sitzung hatte die SP mit 22:6 Stimmen das Eintreten beschlossen.
- 43 Rüstungsprogramm 1984, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, SR, 1984, S. 542.
- 44 Ebd., 543.
- 45 Ebd., 543.
- 46 Ebd., 544.
- 47 Die wenigen kritischen Bemerkungen wie die von CVP-Ständerat Guy Genoud (der Walliser Politiker mahnte dazu, dass bei der Lizenzproduktion auch wirtschaftlich benachteiligte Regionen berücksichtigt werden sollten) hatten regionalpolitischen Charakter.
- 48 Rüstungsprogramm 1984, Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, SR, 1984, 552.
- 49 Vgl. Sonntags-Blick, 11. 11. 1984.
- 50 Vgl. Freier Aargauer, 12. 11. 1984.
- 51 Vgl. Berner Zeitung, 13. 11. 1984.
- 52 SOZARCH, Ar 1.116.27, Wortprotokoll Parteitag 17./18. 11. 1984, 194.
- 53 Ebd., 195.
- 54 Ebd., 212.
- 55 Ebd., 212.
- 56 Vgl. St. Galler Tagblatt, 19. 11. 1984.
- 57 Berner Zeitung, 21. 11. 1984.
- 58 Vgl. Berner Zeitung, 21. 11. 1984.
- 59 Vgl. Berner Zeitung, 11. 12. 1984.
- 60 Rüstungsprogramm 1984 (Teil B), Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1984, 1689.
- 61 Der Antrag der von der SP unterstützten Minderheit sah als wichtigste Punkte das Einholen einer neuen Offerte bei Krauss Maffei vor, falls die Direktbeschaffung mehr als 15 Prozent billiger komme, sowie den Bezug eines aussenstehenden Projektleiters.
- 62 Vgl. Rüstungsprogramm 1984 (Teil B), Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1984, 1700.
- 63 Vgl. ebd., 1700.
- 64 Vgl. ebd., 1705. Hubacher tat dies, indem er auf eine Erklärung im Zusammenhang mit dem Schweizer Kampfpanzerprojekt des Leopard-Generalunternehmers Contraves aus dem Jahr 1979 verwies, in der Contraves aus einem Lizenzbau keine Impulse für die Schweizer Wirtschaft sah, da die Schweiz damit keine eigene Panzerindustrie aufbauen könne und somit nicht in die Zukunft investiert würde.
- 65 Ebd., 1706.
- 66 Bei der Flick-Affäre handelte es sich um eine Politpendenaffäre in der Bundesrepublik Deutschland, die sich in den Jahren 1983 und 1984 abspielte. Diese Affäre hatte tiefgreifende Konsequenzen für das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik.
- 67 Vgl. SOZARCH, Ar 1.210.4, Protokoll der Fraktionssitzung vom 27. November 1984. In dieser Fraktionssitzung wurde nach einer intensiven



Diskussion mit 16 zu 9 Stimmen die Stimmfreigabe für die Fraktion beschlossen. In einer Konsultativabstimmung in der gleichen Sitzung sprachen sich 14 Fraktionsmitglieder für und 15 Fraktionsmitglieder gegen die Beschaffung aus.

- 68 Vgl. Rüstungsprogramm 1984 (Teil B), Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1984, 1703.  
69 Ebd., S. 1703.  
70 Der Bundesrat hatte ursprünglich Mehrkosten von 15 Prozent bei der Lizenzproduktion als tragbar bezeichnet. Bei den angesprochenen 11 Prozent

handelte es sich um einen Betrag von 400 Millionen Franken.

- 71 Rüstungsprogramm 1984 (Teil B), Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, NR, 1984, 1704.  
72 Ebd., 1707.  
73 Ebd., 1707.  
74 Ebd., 1708.  
75 Ebd., 1712.  
76 Vgl. ebd., 1712.  
77 Ebd., 1752.